

Antrag der Fraktion der CDU

Ein Jahr Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine und Verbrechen gegen die Menschlichkeit mitten in Europa

Seit einem Jahr dauert nun der von Russland begonnene und allein zu verantwortende Angriffskrieg gegen die Ukraine an. Diesen hat die Ukraine nicht provoziert und er verstößt gegen jegliches internationale Recht. Tausende Menschen sind unschuldig Opfer geworden durch Tod, Verletzung, Gewalt, aber auch durch Folter, Zerstörung, Vergewaltigung, Verschleppung, Vertreibung und Flucht. Was in unserer Zeit nicht mehr für möglich gehalten wurde, ist mitten in Europa grausame Wirklichkeit geworden: Der Krieg als Mittel der Politik, als Mittel imperialistischer Eroberung und als Mittel zum Zurückdrehen der Geschichte ist für die Menschen in der Ukraine, aber auch für die im übrigen Europa und in der Welt, als tägliche Realität zurück.

Die Welt schaut mit Bewunderung auf ein tapferes Volk in der Ukraine, das sich erfolgreich gegen einen zunächst übermächtig scheinenden Usurpator wehrt. Dieses kann aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass insbesondere die Zivilbevölkerung betroffen ist von einem brutalen Eroberungs-, Abnutzungs- und Terrorkrieg, der sich zunehmend und gezielt gegen die allgemeine Infrastruktur richtet und der sehr bewusst immer mehr Opfer in der Zivilbevölkerung verursacht. Die Menschen in der Ukraine, insbesondere auch Kinder, hilfsbedürftige und ältere Menschen, sind ohne Unterschied dem täglich zynischer werdenden Regime in Moskau ausgeliefert, das ganz bewusst auch Kriegsverbrechen verübt, um den Widerstandswillen in der Ukraine zu brechen.

Präsident Putin und seine Führungsclique haben sich verrechnet. Sie haben nicht nur die Widerstandskraft und den Widerstandswillen der Ukraine dramatisch unterschätzt, sondern auch den der demokratischen Welt in Europa und jenseits des Atlantiks. EU- und NATO-Staaten haben mit Sanktionspaketen, finanzieller Unterstützung und Waffenlieferungen, aber auch mit der Aufnahme hunderttausender Flüchtlinge, gezeigt, dass sie mit Geschlossenheit und Entschlossenheit in der Lage und Willens sind, Unmenschlichkeit, willkürlicher Gewalt, Propaganda und militärischen Drohungen entgegenzutreten. Eine nachhaltige Gemeinsamkeit in Europa und im Bündnis setzt allerdings allseitigen und dauerhaften Willen zu Kompromissen, zu solidarisch getroffenen und getragenen Entscheidungen und zu transparenter Kommunikation voraus. So wichtig und richtig es ist, zu abgewogenen Lösungen zu kommen: Die zögerlich geführte Leopard-Zwei-Diskussion hat gezeigt, dass Deutschland hier eben nicht immer nur Teil der Lösung, sondern auch Teil des Problems ist. Auf internationaler Ebene und im Verhältnis zu unseren Bündnispartnern wurde in den letzten Monaten viel Vertrauen verspielt. Eine von Deutschland beanspruchte und erwartete Führungsrolle bedarf deutlich schnellerer und besser kommunizierter politischer Prozesse, die den gewonnenen Zusammenhalt und die gestärkte Gemeinschaft in Europa und im NATO-Bündnis befördern und nicht behindern. Denn: In der Ukraine werden die Werte der Menschlichkeit, Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit auch für uns, Europa und die

freie Welt verteidigt. Schon deshalb hat Russland den Krieg moralisch und politisch bereits verloren und darf ihn auch militärisch nicht gewinnen.

Menschen in und aus Russland werden in diesem Krieg, nicht selten gleichzeitig, Täter und Opfer. Unter Kriegsverbrechen, Folter, Terror und sinnloser Gewalt leiden in erster Linie die Menschen in der Ukraine. Aber diktatorisch ausgeübte Macht und immer unverhohlener eingesetzte Mittel eines antidemokratischen Polizeistaates richten sich auch zunehmend gegen die eigene Bevölkerung in Russland. Mobilisierung und Zwangsrekrutierung, Propaganda und Fake-News, Söldnertum und offene Gewalt gegen jegliche Kritik haben Russland in politische und gesellschaftliche Verhältnisse zurückgeworfen, die mehr an die finsternen Zeiten des stalinistischen Kommunismus als an demokratische und rechtsstaatliche Strukturen des 21. Jahrhunderts erinnern. Immer deutlicher wird, dass Gewalt nach innen und außen einen gemeinsamen Nenner haben und dass das Eintreten für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Freiheit auch ein Eintreten für den Frieden ist. Dem wissen wir uns auch in Bremen unverbrüchlich verpflichtet.

Russland hingegen hat im vergangenen (Kriegs-)Jahr deutlich gemacht, dass es nicht nur an den verbrecherischen Kriegszielen zur Eroberung des ukrainischen Staatsgebietes festhält, sondern sogar zu weiterer Eskalation bereit ist. Drohungen richten sich nicht nur gegen weitere unmittelbare Nachbarn, sondern, ganz unverhohlen mit dem Einsatz auch nuklearer Mittel, gegen andere Staaten des globalen Westens einschließlich unseres Landes. Eine Bereitschaft zur Verhandlungslösung, die auch eine Rückkehr zum Status-Quo-Ante einschließt, ist überhaupt nicht erkennbar. Damit militärische Gewalt als Mittel der Politik nicht wieder hoffähig wird, ist dem deshalb entschieden entgegenzutreten. In Deutschland, in Europa und im Bündnis müssen die verfügbaren Mittel der Abschreckung und Konfliktprävention gestärkt, aber auch die politischen, rüstungsindustriellen und militärischen Strukturen in Europa und der NATO effektiver und schneller als bisher auf die neue Qualität der Bedrohung ausgerichtet werden. Dazu gehört unabdingbar auch, die Vorkehrungen zum Zivil- und Katastrophenschutz, zum Schutz der kritischen Infrastruktur in Bund und Ländern sowie zur Prävention vor Spionage, Cyberangriffen und gezielter Falschinformation zu verbessern. Die Ereignisse des vergangenen Jahres erfordern insgesamt und umfassend ein verändertes politisches Bewusstsein und mehr Sensibilität und Stellenwert für Sicherheit, auch bei uns. Der zutreffende Begriff der „Zeitenwende“ muss schneller als bisher sichtbar und konkret werden. Hierzu bedarf es im föderalen Deutschland eines engen Zusammenwirkens des Bundes mit den Ländern. Auch Bremen muss und wird eine aktivere Rolle dabei einnehmen müssen.

Betroffen von der Aggression Russlands sind allerdings nicht nur die Menschen im Osten Europas. Unvorbereitet haben sich die Verflechtungen Deutschlands und Europas in internationalen Energie- und Rohstoffmärkten sowie in globalen Wirtschafts- und Produktionsstrukturen als Abhängigkeiten erwiesen, die unsere Prosperität und zukünftige Entwicklung zu bedrohen in der Lage sind. Unvorbereitet getroffen hat die Menschen in der Welt auch die gezielte Behinderung von Getreidelieferungen und der bewusste Einsatz von Hunger als Waffe, was insbesondere Menschen in den ärmsten Ländern noch einmal zusätzlich bedroht.

Flucht und Vertreibung haben eine beispiellose Hilfsbereitschaft ausgelöst, bedürfen aber auch hier erheblicher sozialer und gesellschaftlicher Anstrengungen, um den berechtigten Interessen der Menschen, die zu uns kommen, gerecht zu werden. Deutschland und Bremen sind dazu, auch dauerhaft, weiter bereit. Die hohe Abfolge von Krisen und Herausforderungen an unser Gemeinwesen in den letzten Jahren hat aber nicht nur gezeigt, dass auf allen staatlichen Ebenen und in allen Bereichen der Behörden mehr Vorsorge und Widerstandskraft organisiert werden muss, sondern auch, dass viele Menschen in unserem Land, auch und gerade in Bremen und Bremerhaven, Unterstützung brauchen. Es muss ein vorrangiges politisch-strategisches Ziel werden, unsere

wirtschaftlichen und ressourcenbezogenen Abhängigkeiten zu reduzieren, damit wirtschaftlicher Wohlstand, soziale Stabilität und gesellschaftlicher Konsens auch zukünftig gewährleistet bleiben. Hierbei haben Hafenstädte und Zentren mit starker Forschung und Produktion wie Bremen und Bremerhaven eine besondere Verantwortung, aber auch eigene Probleme.

Die westlichen Reaktionen mit Sanktionen und Waffenlieferungen bleiben richtig, auch wenn sich die Wirkungen erst mit der Zeit entwickeln und realisieren werden. Alle diesbezüglichen Anstrengungen müssen im Rahmen der internationalen Staatengemeinschaft und den Erfordernissen entsprechend gegebenenfalls weiter intensiviert werden und bedürfen eventuell eines langen Atems. Auch wenn wir keine Partei im Krieg sind und sein dürfen, sind wir parteiisch. Unsere über den Krieg hinaus erforderliche Solidarität und Unterstützung gilt dem ukrainischen Volk. Es ist ohne Alternative, Russland so lange und weiter politisch, diplomatisch, wirtschaftlich und technologisch zu isolieren, bis eine bedingungslose Bereitschaft zu Verhandlungen mit dem Ziel der Waffenruhe und des vollständigen Rückzuges signalisiert werden.

Wie die Bremische Bürgerschaft haben sich Parlamente, Regierungen und Organisationen in der ganzen Welt immer wieder zu den nach wie vor fassungslos machenden Ereignissen in der Ukraine geäußert. Besonders wichtig sind, nach den Resolutionen der Vereinten Nationen, die europäisch-gemeinsamen Bewertungen der Ereignisse. Zuletzt im November 2022 und im Januar 2023 hat sich das Europäische Parlament dazu in gemeinsamen Entschließungsanträgen – [2022-2896 (RSP)] und [2022-3017 (RSP)] – geäußert, die einerseits Russland zutreffend als den „Terrorismus Vorschub leistenden Staat“ bezeichnen und andererseits die Verfolgung der russischen Aggression durch eine Sondergerichtsbarkeit fordern. Die hierauf gründenden Botschaften der Eindeutigkeit und der Entschlossenheit über die kriegerische Auseinandersetzung hinaus, sowie insbesondere die des Mitgefühls und der Solidarität, sind auch nach einem Jahr kein Ritual, sondern wichtige Zeichen bleibender Unterstützung und Anteilnahme.

Anlässlich des ersten Jahrestages des Beginns des Krieges gilt es nicht nur der vielen unschuldigen Opfer zu gedenken. Es gilt nicht nur die Solidarität zu bekräftigen und im Bewusstsein auch im Land Bremen zu halten. Es gilt für die ganz praktische Unterstützung in der Welt, in Deutschland und insbesondere in Bremen zu danken, und dieses mit der nachdrücklichen Bitte zu versehen, diese Anstrengungen fortzusetzen. Auch über ein hoffentlich baldiges Ende des Krieges hinaus.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

1. Die Bürgerschaft (Landtag) trauert um die tausenden unschuldigen und sinnlosen Opfer, die Russlands brutaler Angriffskrieg innerhalb eines Jahres durch Tod, Verletzung, Verschleppung, Vertreibung und Zerstörung verursacht hat. Sie verurteilt nachdrücklich insbesondere Russlands gezielte Angriffe auf die zivile Bevölkerung, auf Wohngebäude, Schulen, Krankenhäuser und auf für die allgemeine Versorgung wichtige Infrastruktur. Russland hat sich damit außenpolitisch zu einem aggressiven Staat entwickelt, der innenpolitisch diktatorisch-autoritäre Strukturen angenommen hat, und der „Terror“ bewusst und gezielt als politisches und militärisches Mittel einsetzt. Die Bürgerschaft (Landtag) erneuert und bekräftigt ihre Solidarität mit dem seit einem Jahr anhaltenden Widerstand der Menschen in der Ukraine gegen den russischen Aggressor, der mit einer so ausgerichteten Politik keinen Erfolg haben darf, auch um die internationalen Grundsätze der Demokratie, des Rechtes und der Menschenrechte im Allgemeinen zu behaupten und zu verteidigen.
2. Die Bürgerschaft (Landtag) dankt allen in Staat, Gesellschaft und Organisationen, die durch Spenden, materielle Beiträge oder die Aufnahme und Betreuung von aus der Ukraine Geflüchteten unterstützt haben. In diesen Dank bezieht sie insbesondere die Ukrainerinnen und Ukrainer ein, die in

Deutschland und auch in Bremen Unterstützung für ihre Landsleute innerhalb und außerhalb des Heimatlandes mobilisiert haben. Hierin liegt nicht nur wichtige Hilfe für die Menschen in der Ukraine, sondern auch ein Zeichen für Solidarität und Respekt für eine bewunderungswürdige Bevölkerung und einen ungebrochenen Willen zur Verteidigung von Freiheit und staatlicher Unabhängigkeit. Unserer Solidarität und Unterstützung bedarf es für die gegenwärtige Zeit des Krieges, aber auch danach.

3. Die Bürgerschaft (Landtag) bekräftigt erneut ihre Abscheu vor der Aggression Russlands und den verübten Kriegsverbrechen insbesondere gegen die Zivilbevölkerung sowie den gezielten Kampf gegen die Ernährungssicherheit und Ressourcenversorgung in der ganzen Welt. Sie unterstützt die Entschlossenheit der europäischen und westlichen Staaten, der Aggression, aber auch Drohungen unter anderem mit Massenvernichtungswaffen, entgegenzutreten. Hierzu gehören nach sorgfältiger Erwägung und internationaler Konsultation auch gemeinschaftliche Sanktionen und Waffenlieferungen. Sie erwartet allerdings, dass hierzu schneller und besser kommunizierte Entscheidungen und Abstimmungen erfolgen, bei denen Deutschland sichtbarer und effektiver als bisher seiner Führungsrolle in Europa nachkommen muss. Sie ist darüber hinaus der Auffassung, dass sich einmal mehr gezeigt hat, dass die Strukturen der sicherheitspolitischen Zusammenarbeit in Europa dringend gestärkt werden müssen.
4. Für die Bürgerschaft (Landtag) bleiben die scheindemokratischen ‚Referenden‘ mit denen die Annexionen von Teilen der Ukraine legitimiert werden sollten, Null und Nichtig. Sie unterstreicht das Recht der Ukraine auf staatliche Unabhängigkeit und Integrität. Dazu gehört auch das Recht auf Selbstverteidigung und auf Rückgewinnung der widerrechtlich besetzten Gebiete. Die Bürgerschaft (Landtag) hat weiterhin die Hoffnung, dass Russland zur Vernunft und zu den Grundsätzen der Menschenrechte und des Völkerrechts zurückfindet. Auch wenn wir uns mehr Diplomatie und eine Rückkehr zu verhandlungsbasierten Mitteln der Konfliktlösung so schnell wie möglich wünschen, schließen wir einen Diktatfrieden zu Lasten der Ukraine oder diesbezüglichen Druck auf dessen Bevölkerung und Regierung aus.
5. Die Bürgerschaft (Landtag) wendet sich entschieden gegen den perfiden und geschichtsverfälschenden Versuch der russischen Regierung, ihren Angriffskrieg gegen die Ukraine propagandistisch umzudeuten und zu rechtfertigen als Krieg gegen ‚Nazis‘ in der Ukraine, dargestellt in der Kontinuität der Abwehr des Überfalls Deutschlands auf die ehemalige Sowjetunion. Sie sieht im Gegenteil mit Befremden und mit Sorge nicht nur die aktuelle Verherrlichung, sondern insbesondere das Wiederaufleben der stalinistischen Ära in der gesellschaftlichen und politischen Wirklichkeit Russlands, verbunden mit einer immer aggressiveren, nationalistischen und antiwestlichen Propaganda. Das Anknüpfen der Staatsdoktrin und der politischen Strukturen an diese totalitär-diktatorisch geprägte Epoche, in der Verbrechen gegen die eigene Bevölkerung an der Tagesordnung waren, ist nach ihrer Auffassung Teil und vorläufiger Tiefpunkt einer schon seit geraumer Zeit andauernden und insgesamt zunehmend undemokratischen Entwicklung in Russland. Die Bürgerschaft (Landtag) erinnert daran, dass zu den Verbrechen des Stalinismus auch der ‚Holodomor‘ insbesondere gegen die Menschen in der Ukraine zählte. Die Bürgerschaft (Landtag) erklärt deshalb erneut ihre Solidarität mit allen politischen Kräften in Russland, die der nationalistischen, geschichtsverfälschenden, undemokratischen und allen rechtsstaatlichen Grundsätzen zuwiderlaufenden Entwicklung, immer stärkerer Repression zum Trotz, in Politik, Medien und Gesellschaft Widerstand leisten.
6. Die Bürgerschaft (Landtag) unterstützt die Resolutionen des Europäischen Parlaments [2022-2896 (RSP)] vom 23. November 2022 und [2022-3017 (RSP)] vom 19. Januar 2023. Wo immer erforderlich und notwendig wird

das Land Bremen gegebenenfalls zur Umsetzung beitragen. Dieses gilt beispielsweise für:

- a) Die Umsetzung und Durchsetzung von Sanktionen und die Verhinderung von Umgehungsversuchen.
 - b) Dem Begegnen von Hass, Fehlinformation und Vergessen sowie der Relativierung und Verschleierung von Kriegsverbrechen.
 - c) Die Unterstützung der Dokumentation und Verfolgung von Kriegsverbrechen, von Verbrechen gegen die Menschlichkeit und von Verbrechen gegen das friedliche Zusammenleben der Völker und Staaten. Sie unterstützt darüber hinaus die Schaffung einer Sondergerichtsbarkeit zur Verfolgung der Aggression Russlands als wichtiges Zeichen, die Verantwortlichen auch über die Dauer des Krieges hinaus zur Verantwortung ziehen zu wollen.
 - d) Die Sicherung und Beschlagnahme russischer Vermögenswerte, wenn ein umfassender internationaler Entschädigungsmechanismus vorliegt. Sie unterstützt in diesem Sinne die Einrichtung eines „Schadensregisters“. Die Vermögenswerte sollen zur Bewältigung der Folgen der russischen Aggression in der Ukraine eingesetzt werden.
7. Die Bürgerschaft (Landtag) erwartet vom Senat, gegebenenfalls in der Gemeinschaft mit Bund und anderen Bundesländern, nachdrücklicher als bisher auf eine Intensivierung der Prävention vor Angriffen gegen die sogenannte Kritische Infrastruktur, zur Stärkung der Resilienz in allen Verwaltungsbereichen, zur Stärkung von Zivilschutz und Katastrophenvorsorge, zum Schutz vor Cyberangriffen und vor Spionage hinzuwirken. Sie unterstützt die Absicht des Bundes, durch ein sogenanntes KRITIS-Dachgesetz bei Zuständigkeiten, Verfahren und Strukturen hier für mehr Klarheit und Transparenz sorgen zu wollen und fordert den Senat auf, sich im Gesetzgebungsverfahren mit Blick auf die spezifischen Interessen Bremens und Bremerhavens als urbane Ballungsräume sowie als Häfen- und Industriestandorte konstruktiv einzubringen. Sie bittet zudem dazu zur Mitte des laufenden Jahres um einen ganzheitlichen und zusammenfassenden Bericht aus Sicht des Landes mit ersten strategischen und konzeptionellen Schlussfolgerungen sowie mit voraussichtlich zu treffenden Umsetzungsmaßnahmen und zu erwartenden Kosten.
8. Die Bürgerschaft (Landtag) bekräftigt für das Land Bremen die Bereitschaft, Geflüchteten aus der Ukraine bei uns Schutz und Hilfe zu gewähren und in der Gemeinschaft mit der Zivilgesellschaft zur materiellen Unterstützung der ukrainischen Bevölkerung beizutragen. In der Ergänzung der Maßnahmen auf internationaler und staatlicher Ebene sieht sie in der Partnerschaft zu Städten und Regionen eine wichtige Ergänzung für direkte, schnelle und unbürokratische Hilfe. Sie hält deshalb unter anderem die beabsichtigte Partnerschaft mit der Stadt/Region Odessa für eine wichtige Möglichkeit, unseren Beitrag zur Hilfe regional-konkret, langfristig angelegt und gemeinsam mit der Zivilgesellschaft zu organisieren. Die Bürgerschaft (Landtag) wird diese Verbindungen deshalb nachdrücklich fördern und eigenständig mitgestalten und regt an, im Rahmen des Ausschusses für Bundes- und Europangelegenheiten, internationale Kontakte und Entwicklungszusammenarbeit einen eigenen Unterausschuss ‚Städtepartnerschaften‘ in der 21. Legislaturperiode zu bilden.
9. Die Bürgerschaft (Landtag) sieht die Folgen des von Russland verursachten Krieges auch mit Blick auf Deutschland und Bremen mit Sorge. Gesteigerte Inflation, erhöhte Energiekosten oder Störungen von Lieferketten treffen Menschen und Wirtschaft, gehen aber wiederum insbesondere zu Lasten des ärmeren Teils der Bevölkerung, auch in Bremen und Bremerhaven. Die Bürgerschaft (Landtag) anerkennt die Bemühungen des Bundes, diese Folgen für die Bevölkerung und für die wirtschaftliche Entwicklung zu mildern und sieht hierfür den Bund zuerst in der Pflicht. Sie

erwartet aber auch vom Senat schnellstmöglich eine erste bedarfs-, kriterien- und schwerpunktorientierte Darstellung, welche darüberhinausgehenden und zusätzlichen Erfordernisse in Bremen und Bremerhaven gesehen werden und wie er diesbezüglich die durch den Nachtragshaushalt zu beschließenden Mittel gezielt und streng zweckbezogen einsetzen will.

Dr. Thomas vom Bruch, Heiko Strohmann und
Fraktion der CDU